

Heute, 31. Juli 2014, 11:56

Bezahlbarer Wohnraum

CVP entdeckt die Wohnbaupolitik

Heute, 31. Juli 2014, 11:56



CVP-Präsident Christophe Darbellay will Familien und sozial schwächeren Personen den Besitz von Wohneigentum erleichtern. (Bild: KEYSTONE/Peter Schneider)

Mehr Wohnbaugenossenschaften und mehr Anreize für verdichtetes Bauen: So will die CVP der Wohnungsknappheit begegnen. Zudem soll die Einführung einer Bodensteuer geprüft werden.

flj. Bern Die CVP will die Wohnbaupolitik nicht den linken Parteien überlassen. In einem 18-Punkte-Programm, welches die Partei am Donnerstag präsentierte, fordert sie diverse Massnahmen, um der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen. «Insbesondere in den Städten und Agglomerationen ist die Situation bedenklich», sagte Nationalrat Martin Candinas (cvp., Graubünden). Als besonders problematisch erachtet die CVP die Situation für Familien und sozial schwächere Personen.

Im Zentrum der Forderungen stehen die Förderung von Wohnbaugenossenschaften, die Vereinfachung von Bauvorschriften, Anreize zum verdichteten Bauen sowie die Förderung des Bausparens für junge Personen. Konkret soll die öffentliche Hand vermehrt Bauparzellen für den Bau von Genossenschaftswohnungen bereitstellen. Dazu will die CVP neue Zonen in der Raumplanung schaffen, die ausschliesslich für den gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind.

Ehemalige Industriestandorte, aber auch Grundstücke von staatseigenen Betrieben und dem Militär sollen zudem der Schaffung von Wohnraum speziell

für Familien zugeführt werden. Um die Umwandlung in Wohnquartiere einfacher zu gestalten, sollen Industriebetriebe bereits früher regelmässig einen Betrag für die allfällige Sanierung bereitstellen.

Die CVP will zudem prüfen, ob eine Besteuerung des Bodens anstelle von Gebäuden zusätzliche Anreize für den Wohnungsbau schaffen könnte.

Beteiligung an Infrastruktur

Für Investoren sollen Anreize geschaffen werden, sich an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur (Erschliessung, Schulen, Begegnungszonen, Spielplätze und so weiter) zu beteiligen. Im Gegenzug sollen die Investoren grössere Freiheiten für ihre Bauprojekte erhalten, etwa vereinfachte Bewilligungsverfahren oder die Erlaubnis, höher zu bauen.

Allgemein will die CVP die administrativen Hürden für den Wohnbau senken. Die gesetzlichen Bestimmungen sollen angepasst werden, um mehr verdichtetes Bauen zu ermöglichen. Konkret soll etwa die Ausnützungsziffer in städtischen Gebieten abgeschafft werden. Einsprachemöglichkeiten bei Bauprojekten sollen eingeschränkt werden, so dass nur noch einmal während eines Planungsprozesses Einspruch erhoben werden kann. Die regional unterschiedlichen Bewilligungskosten will die CVP überprüfen lassen und schweizweit senken. Die Anforderungen für die Umnutzung von Geschäfts- in Wohnraum sollen zudem vereinfacht werden.

Zinssenkungen weitergeben

Ansetzen will die Partei auch bei der Finanzierung von Wohneigentum. Personen unter 40 Jahren sollen mehr Geld in die Säule 3a einzahlen können. Für Angestellte soll der Maximalbetrag um 50 Prozent, für Selbständigerwerbende um 20 Prozent angehoben werden.

Doch auch für die Mieter will sich die CVP einsetzen: Vermieter sollen gesetzlich verpflichtet werden, Hypothekarzinssenkungen automatisch an die Mieter weiterzugeben.

MEHR ZUM THEMA

CVP-Delegiertenversammlung in Sempach
«Kraftpaket für den Mittelstand»

24. August 2013, 13:13